«Entlastung auf dem Buckel der Schwachen»

«Belastungsmassnahmen»: Die GHG als grösste St. Galler Sozialinstitution fordert den Verzicht auf Kürzungen im Sozialbereich.

Marcel Elsener



Spezialisierte Langzeitpflege im Haus Röteli der GHG Rosenberg. 42 von 78 Wohnplätzen sind aktuell von Menschen aus dem Kanton St. Gallen belegt – und finanziell umstritten. Bild: zvg

«Vergessen Sie den Sozialbereich nicht: Jede einzelne, noch so kleine Entlastungsmassnahme zulasten von Bedürftigen wird für sie zur Belastungsmassnahme. Verzichten Sie auf diese Massnahmen!» Diesen Appell richtet Heinz Loretini, Präsident der Gemeinnützigen und Hilfs-Gesellschaft der Stadt St. Gallen (GHG), diese Woche an alle Mitglieder des St. Galler Kantonsrates und der Regierung. In der Wintersession Anfang Dezember entscheidet das Kantonsparlament über das zusätzliche Sparpaket.

Die Kritik von FDP, Mitte und SVP an der Stossrichtung der Massnahmen betraf namentlich die Kürzungen in den Bereichen Sicherheit und öffentlicher Verkehr. Nun pocht GHG-Präsident Loretini, selber FDP-Stadtparlamentarier in Gossau und ehemaliger Finanzchef, auf den Sozialbereich. Die geplanten Kürzungen würden mit «bescheidenem Sparpotenzial» Hunderte Personen betreffen, betont er. «Sie sind weder verhältnismässig noch wirtschaftlich sinnvoll. Die teuren Folgeschäden würden die Gesellschaft langfristig ein Mehrfaches des Sparpotenzials kosten.»

«Massnahmen torpedieren unseren Einsatz»

Normalerweise arbeitet die GHG nach dem Grundsatz «Tue Gutes und sprich nicht darüber». Sie ist nicht irgendeine Sozialinstitution, sondern mit acht Wirkungsstätten die grösste der Region St. Gallen und eine der bedeutendsten Arbeitgeberinnen. 1816 gegründet, engagiert sie sich mit 840 Mitarbeitenden für über 2000 Menschen aller Altersgruppen mit einem besonderen Betreuungsbedarf. Sie setze sich «seit jeher für ein selbstbestimmtes Leben und einen erfüllten Alltag der ihr anvertrauten Personen ein», schreibt sie in ihrer Stellungnahme. Dieser Einsatz würde mit den Entlastungsmassnahmen «torpediert», meint Loretini, «zusätzlich zu den vor Jahresfrist beschlossenen Massnahmen, die sich bereits konkret auswirken».

Dringlich verzichten soll der Kantonsrat auf die Massnahmen E22 bis 24, E26 und E55, die etwa die Kürzung persönlicher Auslagen von Betagten mit Ergänzungsleistungen oder Behindertenfahrdienste betreffen. «Jede Massnahme hat im Einzelfall für die Betroffenen enorme Auswirkungen auf ihre Lebensqualität, ihre Gesundheit, ihre Autonomie und Teilhabe an der Gesellschaft», sagt Ramon Beerli, GL-Vorsitzender der GHG, und nennt ein Beispiel: «Für Menschen, die nicht mobil sind, heisst kein Fahrdienst weniger Selbstständigkeit, hin gegen mehr Isolation oder eine zusätzliche Belastung der Angehörigen.» Es könne doch nicht sein, so Beerli, «dass man denen, die schon wenig haben, noch das Wenige nimmt».

Es gehe um Menschlichkeit und das Wohl der Schwachen, wie es in der Bundesverfassung verankert ist. In ihrem Schreiben an die Kantonratsmitglieder zeigt die GHG die Auswirkungen der Massnahmen mit konkreten Beispielen. «Wenn man nur die verwaltungstechnische Beschreibung liest, ist das alles sehr abstrakt», erklärt Barbara Giger, Leiterin Bereich Alter der GHG, und wendet sich an die politisch Verantwortlichen: «Stellen Sie sich vor, Sie leben im Alters- und Pflegeheim und beziehen Ergänzungsleistungen. Nun werden Ihre knappen Mittel für persönliche Auslagen – wie Kleider, Schuhe, Coiffeur, Bücher, Café-Besuch, Geschenke – gekürzt oder gar gestrichen. Sie werden noch abhängiger von Angehörigen, Stiftungen und freiwilliger Unterstützung. Das wird Ihr Wohlbefinden und damit auch Ihre Gesundheit belasten.»

Befürchtungen bewahrheiteten sich

Besonders kritisch sei die Situation für Menschen mit IV-Rente unter 65 Jahren wie im Spezialwohnheim Haus Röteli der GHG Rosenberg, wie die Altersbereich-Leiterin betont. «Wir reden nicht von Luxusauslagen, sondern von Mitteln zur Existenzsicherung und zum Erhalt einer gewissen Selbstständigkeit.» Im erwähnten Haus bietet die GHG 78 Wohnplätze für Menschen, die gerontopsychiatrische Langzeitpflege brauchen, wovon 42 aus dem Kanton St. Gallen stammen. Kleine Einsparungen führten hier zu teuren Folgeschäden, warnt die GHG. So koste beispielsweise ein Aufenthalt in der Psychiatrie deutlich mehr als im Spezialheim Röteli.

Bereits vor Jahresfrist hatte die GHG die Sparmassnahmen in den Bereichen Sozialwerke und Ergänzungsleistungen, Behinderung, Sozialwesen, Pflege und stationäre Langzeitpflege angemahnt. Nun hätten sich die Befürchtungen leider bewahrheitet, heisst es in der jetzigen Stellungnahme mit Verweis auf die in dieser Zeitung beschriebene Schliessung des Wohnheims «Zur Oase» und die Folgen für andere nicht-subventionierte Heime in der Ostschweiz.

Auch auf die GHG wirkte sich die Beitragskürzung in der stationären Langzeitpflege direkt aus. Weil die Folgekosten seit Anfang Jahr an den Gemeinden hängen bleiben, führte das zum Konflikt zwischen Stadt und Kanton St. Gallen – und für die GHG zu Ausständen von mehreren Hunderttausend Franken, wie es heisst: «In Vorleistung betreute sie von Januar bis Oktober die betroffenen Klientinnen und Klienten aus der Stadt trotz der Ausstände weiter im Haus Röteli – obwohl die Plätze schweizweit stark nachgefragt (und finanziert) werden.»

«Grotesker Widerspruch» in der Langzeitpflege

Parallel dazu lancierte der Dienst für Pflege und Entwicklung des Gesundheitsdepartements ein Bewerbungsverfahren für Leistungsvereinbarungen in der spezialisierten Langzeitpflege, wie es weiter heisst. Die GHG Rosenberg bewarb sich mit ihrem Angebot für Menschen mit komplexen psychiatrischen, suchtbezogenen und vermehrt auch somatischen Erkrankungen, also mit den 42 Plätzen für Bedürftige aus dem Kanton. Sie erhielt eine Absage: Die ausgewiesene Personaldotation erfülle die Mindestanforderungen nicht, die das Amt festgelegt hat.

«Das ist grotesk», ärgert sich GHG-Präsident Heinz Loretini. «Einerseits soll in der spezialisierten Langzeitpflege gespart werden – sogar nochmals. Anderseits verlangt das kantonale Amt eine theoretisch festgelegte höhere, also teurere Personaldotation und lehnt unsere günstigere Bewerbung ab, die praxiserprobt ist und im Betrieb funktioniert.» Und dies, obwohl die «bereits die Frage, wer die Restkosten für diesen bestehenden Betrieb bezahlt, immer noch strittig ist». Die GHG als Institution könne das hinnehmen, weil die Nachfrage nach ihren spezialisierten Wohnplätzen aus der ganzen Schweiz gross sei. «Doch was sollen unsere 42 Menschen aus dem Kanton St. Gallen, wenn wir sie nicht mehr bei uns betreuen können, weil die Kosten nicht gedeckt werden?»

Der Ärger bei den Betroffenen hält an

Eine Frage, die sich auch in anderen Heimen stellt und alle Beteiligten, speziell Beistände, in vielen Fällen verzweifeln lässt. Stapelweise sind beim kantonalen Amt für Soziales Gesuche um Übernahme der «Heimdifferenz», verbunden mit unentgeltlicher Rechtspflege, eingegangen. Sie beschäftigten inzwischen, wie es aus Heimkreisen heisst, auch das Verwaltungsgericht (Stichwort «Unterstützungswohnsitz») und die Behörden in Nachbarkantonen. Der Ärger über diese «kleine» Sparmassnahme hält an – und politische Vorstösse sind nicht ausgeschlossen.

Regen setzt der Trockenheit noch kein Ende

Der Kanton St. Gallen rechnet zwar mit einer Entspannung der Situation in einzelnen Regionen, gibt vorerst aber keine Entwarnung.

Davide De Martis

Ein Vater und seine Tochter watscheln in Regenmontur unter dem Schutz der Kastanienallee in der St. Galler Kreuzbleiche und sammeln Hülsenfrüchte. Wo vor ein paar Wochen noch verdorrte Wiesen zu sehen waren, schmatzen ihre Gummistiefel auf dem matschigen Boden. Unter der gelbbraunen Blätterschicht tummeln sich die Würmer. Der viele Regen der vergangenen Tage hat sie aus der Reserve gelockt.

Seit Montag regnet es in der Schweiz grossflächig. Die langersehnten Niederschläge waren besonders in der Ostschweiz erfreulich hoch. Gemäss «SRF Meteo» fiel an einigen Orten innerhalb zweier Tage mehr als die Hälfte des Normwerts für den Niederschlag im November. Die Thurgauer Gemeinde Güttingen verzeichnete in 48 Stunden rund 47 Millimeter Niederschlag – die monatliche Norm liegt bei 67 Millimetern.

Zu wenig Regen für Entspannung

Die matschige Wiese in der St. Galler Kreuzbleiche ist ebenfalls auf überdurchschnittlich viel Regen zurückzuführen. In der Kantonshauptstadt fielen 46 Millimeter Niederschlag, fast die Hälfte der monatlichen Norm (93 Millimeter). Susanne Haertel-Borer, Leiterin des Fachstabs Trockenheit des Kantons St. Gallen, sagte kürzlich im Interview: «Wir sind im Kanton St. Gallen mit der längsten Trockenheit seit Messbeginn konfrontiert.» Haertel-Borer hoffte deshalb auf einen regenreichen Herbst.

Hat sich die Situation zwischenzeitlich verbessert? Auf Anfrage schreibt Evelyn Jeger, Sprecherin des St. Galler Bau- und Umweltdepartements, der Oktober sei nach dem Februar der erste Monat mit flächendeckendem Niederschlag innerhalb der Norm gewesen. Voreilige Schlüsse sollten aber nicht gezogen werden: «Diese Niederschlagssituation gilt nur für die Nordwesthälfte des Kantons. Im Grossteil des Kantons gab es unterdurchschnittliche Niederschlagsmengen.»

Gemäss Jeger beurteilt der Kanton St. Gallen die Lage am kommenden Montag neu. Derzeit befindet sich der Kanton auf der zweithöchsten Trockenheits-Gefahrenstufe. «Eine flächendeckende Entspannung hat sich aber noch nicht eingestellt», so Jeger.

Seepegel weiterhin im Minimalbereich

Eine Hochwassergefahr besteht laut Jeger wegen des hohen Niederschlags nicht. Dafür seien die Grundwasserstände zu niedrig und die tiefen Bodenschichten zu ausgetrocknet. «Die Seewasserstände liegen im Bereich des saisonalen Minimums und können ebenfalls viel Wasser aufnehmen», schreibt Jeger. Der Bodenseepegel befindet sich beispielsweise immer noch auf einem Rekordtief – eigentlich sollte er erst im Winter so tief stehen. Durch den Regen der letzten Tage ist der Pegel immerhin um zwölf Zentimeter auf 394,82 m ü.M angestiegen.

Bleibt nur zu hoffen, dass der Regen etwas anhält. Für den Rest der Woche sagt «SRF Meteo» zwar weitere Niederschläge voraus. Damit sich die Grundwasser- und Seewasserstände erholen, müsste das Regenstiefel-Wetter aber länger anhalten.